

Stand: 09.04.2026 01:53:13

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/20121

"Vorgriffsregelung zum Aufenthaltsrecht, um Härtefälle zu vermeiden!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/20121 vom 07.02.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21884 des VF vom 08.03.2022
3. Beschluss des Plenums 18/22013 vom 30.03.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 109 vom 30.03.2022



Antrag

der Abgeordneten **Alexandra Hiersemann, Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

Vorgriffsregelung zum Aufenthaltsrecht, um Härtefälle zu vermeiden!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem angekündigten „Paradigmenwechsel“ auf Bundesebene bezüglich des Aufenthaltsrechts und dem ausdrücklich erklärten politischen Willen der amtierenden Bundesregierung Rechnung zu tragen, wie es beispielsweise in Rheinland-Pfalz bereits gehandhabt wird. Darüber hinaus soll von landespolitischen, konterkarierenden Schritten diesbezüglich, insbesondere in Bezug auf die restriktive Abschiebep Praxis in Bayern, abgesehen werden.

1. Hierbei werden die Ausländerbehörden in Bayern mithilfe einer sog. Vorgriffsregelung angewiesen, Entscheidungen zu aktuellen Fällen, die voraussichtlich unter das angekündigte Chancen-Aufenthaltsrecht fallen, zurückzupriorisieren und im Vergleich zu anders gelagerten Fällen nachrangig zu behandeln.
2. Zudem werden die Ausländerbehörden angehalten, Fälle von gut integrierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis zum 27. Lebensjahr, die sich bereits seit drei Jahren in Deutschland aufhalten, zurückzupriorisieren bis die angekündigte Neuregelung per Gesetz in Kraft getreten ist. Dies gilt auch für gut integrierte, geflüchtete Erwachsene, die bereits sechs (bei Einzelpersonen) bzw. vier Jahre (bei Familien) in Deutschland leben.
3. Bis diese vereinbarten Bundesregelungen in Kraft treten, werden die Ausländerbehörden angewiesen, auf aufenthaltsbeendende Maßnahmen bei den oben genannten betroffenen Personengruppen soweit wie möglich zu verzichten. Vor Einleitung aufenthaltsbeendender Maßnahmen sollen die Ausländerbehörden daher prüfen, ob ausreisepflichtige Personen unter Zugrundelegung der geplanten Voraussetzungen voraussichtlich begünstigt sind. In diesen Fällen ist im Vorgriff auf die vereinbarte Neuregelung eine vorübergehende Ermessensduldung nach § 60a Abs. 2 S. 3 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) zu erteilen. Damit wird verhindert, dass vollendete Tatsachen geschaffen werden, bevor die möglicherweise begünstigende Bundesregelung in Kraft tritt.

Begründung:

Von der Bundesregierung wird für die laufende Legislaturperiode ein „Paradigmenwechsel“ in der Migrationspolitik angestrebt. Diesbezüglich wird eine Änderung des Aufenthaltsgesetzes erfolgen, welches zum einen das Bleiberecht für gut integrierte Jugendliche (§ 25a AufenthG) sowie für gut integrierte Erwachsene (§ 25b AufenthG) erleichtern soll. Im Detail heißt es hierzu auf S. 138 im Bundeskoalitionsvertrag 2021-

2025 zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP: „Wir werden das komplizierte System der Duldungstatbestände ordnen und neue Chancen für Menschen schaffen, die bereits ein Teil unserer Gesellschaft geworden sind: Gut integrierte Jugendliche sollen nach drei Jahren Aufenthalt in Deutschland und bis zum 27. Lebensjahr die Möglichkeit für ein Bleiberecht bekommen (§ 25a AufenthG). Besondere Integrationsleistungen von Geduldeten würdigen wir, indem wir nach sechs bzw. vier Jahren bei Familien ein Bleiberecht eröffnen (§ 25b AufenthG).“

Darüber hinaus sollen Menschen, die seit fünf Jahren in Deutschland leben, im Rahmen eines sog. Chancen-Aufenthaltsrechts eine einjährige Aufenthaltserlaubnis auf Probe erhalten (vgl. Bundeskoalitionsvertrag 2021-2025): „Der bisherigen Praxis der Kettenuldungen setzen wir ein Chancen-Aufenthaltsrecht entgegen: Menschen, die am 1. Januar 2022 seit fünf Jahren in Deutschland leben, nicht straffällig geworden sind und sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen, sollen eine einjährige Aufenthaltserlaubnis auf Probe erhalten können, um in dieser Zeit die übrigen Voraussetzungen für ein Bleiberecht zu erfüllen (insbesondere Lebensunterhaltssicherung und Identitätsnachweis gemäß §§ 25a und b AufenthG).“

Da zur Umsetzung dieser Vorhaben eine Änderung des Aufenthaltsgesetzes notwendig ist, die jedoch bis zum 1. Januar 2022 nicht erfolgen konnte und auch frühestens erst in den nächsten Monaten erfolgen kann, sollte in solchen Fällen von Aufenthaltsbeendigungen und weiteren asylbezogenen Entscheidungen abgesehen werden. So wäre es der Öffentlichkeit nicht vermittelbar, wenn es in Bayern nun in solchen Fällen noch zu aufenthaltsbeendenden Maßnahmen und Abschiebungen kommen wird, obwohl auf Bundesebene eine andere Regelung beschlossen ist, diese aber noch nicht per Gesetz in Kraft getreten ist.

Vor dem Hintergrund der dargestellten Überlegungen soll Personen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit in den Anwendungsbereich der künftigen bundesgesetzlichen Regelung fallen werden, bereits jetzt eine Ermessensduldung nach § 60a Abs. 2 Satz 3 AufenthG erteilt werden, soweit sie nicht ohnehin im Besitz einer Duldung sind. Von Abschiebungen soll, sofern möglich, abgesehen werden, um zu verhindern, dass vollendete Tatsachen geschaffen werden, bevor die möglicherweise begünstigende Bundesregelung in Kraft tritt. Die Voraussetzungen für diese Ermessensduldung orientieren sich an den vereinbarten Kriterien im Bundeskoalitionsvertrag 2021-2025 zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP (S. 138), sofern noch keine weiteren Beschlüsse mit näher beschriebenen Voraussetzungen vorliegen.

Eine solche sog. Vorgriffsregelung stellt auch keinen Präzedenzfall dar, weil bereits in der Vergangenheit immer wieder Bundesländer durch solche Vorgehensweisen nicht nachvollziehbare Entscheidungen und auch Härtefälle verhindert haben. Zum Beispiel in Hessen (2014) anlässlich des stichtagunabhängigen Bleiberechts für gut integrierte und in Schleswig-Holstein und Niedersachsen (2019) anlässlich der Einführung der Beschäftigungsduldung. Auch aktuell haben bereits einzelne Bundesländer auf den angekündigten „Paradigmenwechsel“ reagiert. So wurden die Ausländerbehörden in Rheinland-Pfalz mit einem Schreiben vom 23.12.2021 darauf hingewiesen, dass in Bezug auf das vereinbarte Chancen-Aufenthaltsrecht „keine fachaufsichtlichen Einwände geltend gemacht werden, wenn [...] Behörden Aufenthaltsbeendigungen an absehbar unter die angekündigte Regelung fallenden Ausländerinnen und Ausländern zunächst zurückpriorisieren.“

Auch der oft angeführte Einwand, dass bayerische Ausländerbehörden gemäß § 58 Abs. 1 AufenthG zwingend verpflichtet sind, den Aufenthalt vollziehbarer ausreisepflichtiger Ausländerinnen und Ausländer durch Abschiebung zu beenden, ist selektiv und greift zu kurz. § 60a Abs. 2 S. 3 AufenthG sieht in diesen Fällen ausdrücklich die Möglichkeit der Erteilung einer vorübergehenden Ermessensduldung vor. Mitnichten kann somit argumentiert werden, dass „keine Grundlage“ für solch ein Vorgehen gegeben wäre (vgl. Antwort der Staatsregierung auf Anfrage zum Plenum der Abgeordneten Hiersemann anlässlich der Plenarwoche in der 5. KW 2022). Wäre keine Grundlage für eine sog. Vorgriffsregelung gegeben, hätten sich auch andere Bundesländer in ihren Schreiben (z. B. Niedersachsen und Schleswig-Holstein im Jahr 2019) nicht ausdrücklich auf diese Möglichkeit der Duldung berufen können.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Florian von Brunn,
Ruth Müller u.a. SPD**
Drs. 18/20121

Vorgriffsregelung zum Aufenthaltsrecht, um Härtefälle zu vermeiden!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Horst Arnold**
Mitberichterstatter: **Karl Straub**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 73. Sitzung am 24. Februar 2022 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 51. Sitzung am 8. März 2022 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD

Drs. 18/20121, 18/21884

Vorgriffsregelung zum Aufenthaltsrecht, um Härtefälle zu vermeiden!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP, AfD. Fraktionslose Abgeordnete sind nicht im Raum. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

3. Antrag der Abgeordneten Annette Karl,
Markus Rinderspacher, Ruth Müller u.a. SPD
Taiwan Semiconductor Manufacturing Company (TSMC) –
Standort in Bayern
Drs. 18/19748, 18/21865 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zu den Vorbereitungen des G7-Gipfels auf Schloss Elmau
Drs. 18/19872, 18/21727 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gute und würdige Arbeitsbedingungen für Gerichtsreporterinnen
und Gerichtsreporter sicherstellen
Drs. 18/19874, 18/21885 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Chancen der Wasserstofftechnologie in Bayern angesichts
der Ökostromlücke
Drs. 18/19875, 18/21866 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Energie für Bayern: Grundlastfähigkeit gewährleisten I:
EEG-Vergütung und Vorrang einspeisung von der Grundlastfähigkeit
und Regulierbarkeit der Stromerzeugung abhängig machen
Drs. 18/19884, 18/21868 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

8. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Energie für Bayern. Stromnetz sicherstellen I:
Bericht zur Inbetriebnahme der geplanten Hochspannungsleitungen
SuedLink und SuedOstLink
Drs. 18/19885, 18/21186

Der Antrag wurde für erledigt erklärt.

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nach Amoktaten rasch und besonnen reagieren –
Gesundheit und Sicherheit im Blick haben
Drs. 18/19891, 18/21833 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Quarantäneanordnungen an den Schulen umgehend ändern
Drs. 18/19942, 18/21841 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	A	ENTH

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Robert Riedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verlängerung der Kurzarbeitergeldverordnung
Drs. 18/19943, 18/21832 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Corona-Sperrstunde abschaffen
Drs. 18/19946, 18/21185

Der Antrag wurde für erledigt erklärt.

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Kindgerechte und sichere Testung in Bayerischen Kitas
flächendeckend sicherstellen
Drs. 18/20014, 18/21835 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Matthias Enghuber u.a. CSU
Digitalpakt Kinder- und Jugendhilfe
Drs. 18/20022, 18/21616 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Vorgriifsregelung zum Aufenthaltsrecht, um Härtefälle zu vermeiden!
Drs. 18/20121, 18/21884 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Energie für Bayern – technologieneutral und zukunftsorientiert I:
Ausbildung, Forschung und Entwicklung im Bereich der Kernenergie
und Kernfusion
Drs. 18/20127, 18/21871 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

21. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Energie für Bayern – technologieneutral und zukunftsorientiert II:
Forschung und Entwicklung im Bereich der Energie-Großspeicher
Drs. 18/20128, 18/21872 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Energie für Bayern – technologieneutral und zukunftsorientiert III:
Einführung und Inbetriebnahme neuer Kernkraftwerke
Drs. 18/20129, 18/21867 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

23. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Vertical Greening als Zukunftschance begreifen und Initiative zeigen
Drs. 18/20143, 18/21741 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Kleinbäuerliche Landwirtschaft erhalten I: Förderung kleinbäuerlicher Betriebe auf Landesebene stärker in den Fokus nehmen
Drs. 18/20541, 18/21836 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

25. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Kleinbäuerliche Landwirtschaft erhalten II: Förderung kleinbäuerlicher Betriebe auf EU-Ebene stärker in den Fokus nehmen
Drs. 18/20542, 18/21837 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Versprechen halten – Artenvielfalt retten – Pestizideinsatz halbieren
Drs. 18/20551, 18/21840 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Österreich als Vorbild folgen: Bundespräsidenten direkt vom Volk wählen lassen – jetzt die Weichen für die nächsten Wahlen stellen
Drs. 18/20552, 18/21834 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

28. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)
#Wir werden laut – Forderungen des Landesschülerinnen- und Landesschülerrates ernst nehmen
Drs. 18/20553, 18/21843 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Nachholprüfungen ermöglichen!
Drs. 18/20554, 18/21853 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kommunale Klimaanpassung voranbringen
Drs. 18/20557, 18/21742 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Grundwasserschutz erleichtern – starre KULAP-Regeln anpassen
Drs. 18/20561, 18/21838 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weiterführung des Auenprogramms Bayern
Drs. 18/20562, 18/21743 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Modellregionen für Schwammlandschaften schaffen
Drs. 18/20567, 18/21744 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesamtes Wassereinzugsgebiet als
Trinkwasserschutzgebiet ausweisen
Drs. 18/20568, 18/21745 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Insekten- und futterschonenden Einsatz honorieren – Mähen mit
Messermähwerken als neue KULAP-Maßnahme anbieten
Drs. 18/20569, 18/21839 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Studierbarkeit während Corona sicherstellen
Drs. 18/20570, 18/21854 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

43. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Jürgen Baumgärtner, Petra Guttenberger u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bezahlbares Wohnen für alle
Drs. 18/20663, 18/21617 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD
Französische EU-Ratspräsidentschaft nutzen:
Europa muss sozialer werden
Drs. 18/21127, 18/21818 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Martin Huber, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Die Konferenz zur Zukunft Europas fortführen – europäische Bürgerbeteiligung verstetigen
Drs. 18/21169, 18/21819 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>